



Foto: GdP Berlin

**ÜBER POLITISCHE VORGABEN UND EINE GROSSARTIGE SOLIDARISCHE GEMEINSCHAFT**

## Der Mensch ist die Summe seiner Erfahrungen

Im öffentlichen Dienst gibt es Berufe, die mit besonderen Gefahren aufwarten – Polizei, Feuerwehr, Ordnungsämter, Justiz, LEA, um nur ein paar zu nennen. In diesen Bereichen ist die professionelle Kollegialität von besonderer Bedeutung und bindet den Einzelnen an die dienstliche Gemeinschaft und deren Aufgaben. Der Mensch kommt seinen eigenen und den von anderen erwarteten Ansprüchen nach und ist im positiven Sinne stolz, „seiner“ professionellen Behörde anzugehören, die auch von außen Anerkennung erfährt.

### Landesvorsitzender Norbert Cioma

Wir sind uns alle einig, dass die Politiker\*innen für den öffentlichen Dienst und die dort beschäftigten Menschen eine hohe Verantwortung tragen. Das fällt ihnen besonders leicht, da meine Kolleg\*innen ihren Dienst mit Hingabe versehen. Gerade beim öffentlichen Dienst schaut man auch gern auf die politischen Rahmenbedingungen und den gesellschaftlichen Rückhalt. Die älteren Kolleg\*innen können sich noch an die Handlungen des Senats unter Herrn Wowereit erinnern. Nicht nur Polizeibeschäftigte waren die Buhmänner und -frauen in der Gesellschaft, angeblich faul und inkompetent. Das nagte bei sehr, sehr vielen an den inneren Werten und Zielen zur Aufgabenerfüllung in „ihrem“ Amt. Es grenzt schon an ein Wunder, dass damals das Engagement und die Anstrengungsbereitschaft einzelner nicht noch erheblicher zu den sogenannten inneren Kündigungen führten. Das kann auch daran gelegen haben, dass man einer dienstlichen Solidar- und damals Leidensgemeinschaft angehörte.

Der aktuelle rot-rot-grüne Berliner Senat hat vieles anders und richtig gemacht, die Besoldung spürbar erhöht, in die Ausstattung investiert. Das ist Balsam auf den Seelen der älteren Kolleg\*innen, die Wowereit und in längerer Vergangenheit vielleicht noch mehr durchgemacht haben.

Balsam als Medizin braucht aber Zeit zu wirken, da reicht auch mal eine Legislaturperiode nicht aus. Süffisant könnte man anmerken, dass Rekonvaleszenz bei älteren

Menschen per se länger braucht als bei jüngeren Menschen. Ich meine die Erfahrungen, die der Mensch in seinem Leben sammelt. Mit allem Gerechten und Ungerechten, und der – subjektiven – Anerkennung, die ihm zustehen mag. Aber auch dem erneuten dauerhaften Vertrauensgewinn gegenüber Politiker\*innen.

### Das LADG und fehlende Basisdemokratie

Mit dem jetzt beschlossenen LADG geht man wieder drei Schritte zurück. Unabhängig vom Inhalt und heroischen Zielen des Landesantidiskriminierungsgesetzes ist genau das wieder mal ein Beispiel des Misstrauens gegenüber dem öffentlichen Dienst in Berlin. Es wird allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes per se diskriminierendes Verhalten unterstellt, sodass man eine Regelung von oben herab vornehmen müsste. Dabei haben wir neben dem AGG schon umfassende Regelungen im Disziplinarrecht. Apropos von oben herab. Unsere gut funktionierende Demokratie ist jetzt über 70 Jahre alt. Um unsere Demokratie basisdemokratisch weiterzuentwickeln, wäre das LADG genau das richtige Gesetz gewesen. Diskutiert und abgestimmt auch außerhalb der rot-rot-grünen Koalition und den Spitzenorganisationen – aktiv diskutiert in der Gesellschaft, in den Behörden, in den Ämtern. Aber der Mensch im öffentlichen Dienst arbeitet mit Hingabe und wird nicht gefragt. Die Älteren kennen das, die Jüngeren machen gerade ihre ersten Erfahrungen mit dem Misstrauen, welches ihnen durch Po-

litik entgegengebracht wird. Auch mit der Erfahrung, dass Parteien jeglicher Couleur sehr gern von oben herab diskutieren. Zum LADG kommen von Abgeordneten gern Hinweise, dass man nicht mit vielen Fällen rechne. Aber wozu braucht es dann das Gesetz? Man bezichtige die Menschen ja nicht der Diskriminierung. Der Innensensor meint, man habe kritische Passagen herausgenommen, einzelne können nicht mehr belangt werden. Das sehen wir anders und die Erfahrung wird es uns lehren. So oder so zeigt sich wieder einmal, dass Politiker\*innen nicht an die politisch-strategische Zukunft, sondern taktisch wahlperiodisch denken. Die Älteren wissen das, die Jüngeren machen vielleicht jetzt ihre ersten Erfahrungen.

### Dank an unsere großartige Solidargemeinschaft

Wir berichteten, dass wir Ende Mai, vor der parlamentarischen Abstimmung zum LADG, einen Brief an alle Abgeordneten sandten – unterschrieben von allen Landesbezirksvorsitzenden der GdP!

Unabhängig des LADG ist das allein ein großartiger Erfolg. Die gesamte GdP zog an einem Strang und unterstützte uns, den Berliner Landesbezirk. Dafür danke ich allen Handelnden vom ganzen Herzen! Es macht mich zuversichtlich, dass unsere Solidargemeinschaft hält und einzelne unterstützt. Ein Selbstverständnis, was nicht selbstverständlich ist. Das wissen wir alle, die Älteren und die Jüngeren. Unsere und Deine GdP ist und bleibt stark! Eine großartige Gemeinschaft! ■



## Liebe Leser,

es waren bewegte Wochen, in Berlin wurde das LADG beschlossen und so dem gesamten öffentlichen Dienst Misstrauen ausgesprochen. Parallel dazu hat der rot-rot-grüne Senat Gesetzesentwürfe für das Versammlungsfreiheitsgesetz und das ASOG Berlin vorgestellt sowie unseren Lan-

deschef im Innenausschuss zu den Plänen einer/s Bürger und Polizeibeauftragten angehört. Wir haben bei Ersterem festgestellt, dass weder leises noch lautes Argumentieren gehört wurde, wenn sich Abgeordnete etwas in den Kopf gesetzt haben. Bei den anderen drei Vorhaben signalisieren sie Gesprächsbereitschaft. Diese leben wir.

**Viel Spaß beim Lesen! Benjamin Jendro, Landesredakteur**

### VERTRAUEN IN UNSERE POLIZEI

# LADG ist keine Einschränkung polizeilicher Arbeit

In der aktuellen Debatte zum LADG ist die Berichterstattung über den eigentlichen Inhalt des Gesetzes leider etwas zu kurz gekommen. Deshalb möchte ich gern einige Punkte klarstellen, die mir gerade im Dialog mit der Polizei wichtig sind.

## Frank Zimmermann

Innenpolitischer Sprecher SPD

Es ist vollkommen verständlich und auch notwendig, dass sich die Berliner Polizei gegen jeglichen Generalverdacht wendet. Ein solcher Verdacht wäre ganz und gar unangebracht, ja gefährlich, weil er das Vertrauen in das polizeiliche Handeln untergräbt und letztlich die Durchsetzung von Regeln erschwert.

Wir haben Vertrauen in die Berliner Polizei. Sie handelt rechtsstaatlich und verhältnismäßig, wie es die Verfassung verlangt. Pauschale Vorwürfe rassistischer oder sonstiger Diskriminierung sind abwegig. Einzelne Verfehlungen werden – wie ich weiß – mit der gebotenen Konsequenz schon innerhalb der Behörde untersucht und ggf. geahndet.

Deshalb ist das LADG auch nicht wegen der Polizei Berlin erfunden worden. Es ist vielmehr der Auftrag aus internationalem Recht, den ohnehin geltenden Gleichbehandlungsgrundsatz nach Art. 3 GG auch in ein Gesetz zu schreiben. Deshalb soll neben dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) des Bundes die Diskriminierungsfreiheit auch in den Ländern geregelt werden.

Die vielfach geäußerten Befürchtungen im Hinblick auf das LADG sind weitgehend unbegründet. Es ändert viel weniger, als die öffentliche Debatte vermuten lässt. Es ist mehr Klarstellung als Neuregelung. Insbesondere haben wir darauf geachtet, dass die Polizistinnen und Polizisten in ihrer Arbeit nicht eingeschränkt werden und die Beweislastregel nicht im Disziplinarrecht gilt.

### Im Einzelnen:

1. Das Gesetz verlangt keine Verhaltensänderung von Vollzugskräften aufgrund von bloßen Behauptungen oder Beschuldigungen während eines Einsatzes. Jede polizeiliche Maßnahme kann und soll wie bisher vollzogen und zu Ende geführt werden.
2. Die Beweiserleichterung gilt nur gegenüber der Behörde, nicht gegenüber den einzelnen Polizistinnen oder Polizisten. Die Behörde wird in etwaigen Fällen regelmäßig ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Dienstkräften nachkommen. Wie im Falle einer Diskriminierungsbeschwerde innerbehördlich zu verfahren ist, soll erst noch in einer Rahmen-Dienstvereinbarung mit dem Hauptpersonalrat geregelt werden.
3. Die Beweislastregel greift nicht schon bei der puren Äußerung eines Diskriminierungsvorwurfs. Vielmehr muss ein behaupteter Verstoß „überwiegend wahrscheinlich“ sein, das heißt, es müssen tatsächliche Anhaltspunkte für eine Diskriminierung vorliegen. Die bloße Kontrolle oder andere polizeiliche Maßnahmen etwa gegen einen mutmaßlichen Drogendealer schwarzer Hautfarbe reichen dafür nicht aus. Der Begriff der „überwiegenden Wahrscheinlichkeit“ entspricht dem Prüfungsmaßstab, den die Verwaltungsgerichte an die Glaubhaftmachung anlegen. Eine Behauptung ist – ähnlich wie beim AGG des Bundes – erst dann glaubhaft gemacht, wenn nach der Sachlage und den vorgetragenen Tatsachen eine überwiegende Wahrscheinlichkeit dafür besteht, dass sie zutrifft. Es muss also wie bisher bei etwaigen Vorwürfen der Sachverhalt geklärt werden. Ohne konkrete Tatsachen kann kein Vorwurf eines Fehlverhaltens Bestand haben.
4. Die Beweislastregel gilt nicht für das Disziplinarrecht. Das Gesetz lässt das Dienst- und Beschäftigungsverhältnis und auch das Disziplinarrecht mit der herkömmlichen Beweislastverteilung unberührt. Dies ist ausdrücklich geregelt. Mit einer Prüfung von Diskriminierungsvorwürfen wird nicht automatisch ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Auch das Statusrecht (Beförderungen) bleibt unberührt.
5. Die Verbandsklage kann nur erhoben werden, wenn eine klagebefugte Person selbst zuvor schriftlich ihr Einverständnis erklärt hat. Darüber hinaus müssen alle Verfahrensvoraussetzungen wie bei einem Rechtsschutzersuchen durch die klagebefugte Person selbst vorliegen. ■





Foto: Office EVITN



Weitere Infos  
[www.krav-maga-berlin.de](http://www.krav-maga-berlin.de)  
[www.evtln.de](http://www.evtln.de)

## Unser Kooperationspartner stellt sich vor

Krav Maga (hebräisch „Kontaktkampf“) ist seit einiger Zeit auch hierzulande ein ebenso anerkanntes wie beliebtes Selbstverteidigungssystem. Nicht nur im zivilen, sondern auch im professionellen Ausbildungsbereich greifen immer mehr Institutionen auf das in den 1930er-Jahren von Imi Lichtenfeld entwickelte Konzept zurück. So setzen beispielsweise das FBI und das Bundeskriminalamt auf das realitätsnahe System, welche sich als ebenso effektiv wie leicht erlernbar erwiesen hat und mittlerweile als weltweit führend in seiner Art gilt.

In Bezug auf die Schulung professioneller Einsatzkräfte vollzieht das „T3 – Team Tactical Training“ nun einen nächsten Schritt. Hinter dem Namen verbirgt sich ein internationales Netzwerk aus Krav-Maga-Experten, welches es sich zum Ziel gesetzt hat, durch ständige Weiterentwicklung den pädagogischen Ansatz des Systems auf ein neues Level zu heben. Dabei wird auf die drei Pfeiler „Stressmanagement“, „Risikoanalyse“ und „Deeskalation“ gesetzt. Seit Anfang des Jahres gehören das Evolution Gym und Krav Maga Berlin unter Leitung von Marcel Jardinier dem Netzwerk an. Bereits in der Ausgabe 12/2019 haben wir euch das Angebot von Marcel und seinem Gym vorgestellt. Mit der Integration in das weltweit agierende „Team Tactical Training“ wird dieses nun insbesondere im Bereich „Law Enforcement“ weiter ausgebaut. Die Grundidee besteht dabei darin, den Teilnehmern durch gezielte Integration des berufstypischen Alltags ein speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes Fitness- und Trainingsprogramm bieten zu können. So werden beispielsweise durch das Tragen einer Waffe oder schuss-sicheren Weste körperliche Bewegungsabläufe praxisnah in das Trainingsgeschehen mit einbezogen.

„OPFIT PRO“ nennt sich das maßgeschneiderte Programm, welches dafür in

Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern der kanadischen York University in Toronto entwickelt wurde. OPFIT steht für „Operational Fitness Training“. Untersucht wurde unter anderem, wie sich Stresssituationen auf das Gedächtnis auswirken und welche Übungen dabei helfen können, das Abrufen von körperlichen Handlungsfolgen (beispielsweise den Griff zur Waffe) zu optimieren. Federführend waren dabei zwei der leitenden Köpfe des T3-Teams: Stéphane Chatton, SWAT-Instruktor und international anerkannter Terrorismus-Experte, sowie Jean-Paul Jauffret, ehemaliger Sicherheits- und Polizeichef von Ajaccio (Korsika) und offizieller Ausbilder für einsatzbezogene Taktik und Selbstverteidigung bei den Spezialkräften der französischen Fremdenlegion.

Jean-Paul ist Direktor und Gründer des „Team Tactical Training“ und regelmäßig auch in Deutschland zu Besuch, um Seminare zu leiten. Unter dem Motto „Train As You Fight“ verbindet das von ihm entwickelte Programm das sogenannte „High Intensity Interval Training“ mit Krav-Maga-Bewegungsabläufen sowie einsatzspezifischen Anforderungen. „Das Wichtigste ist, fit zu bleiben und gleichzeitig vorbereitet zu sein – was auch immer kommen mag“, so Jauffret, dessen reichhaltige Praxiserfahrung in jede Trainingseinheit mit einfließt. „OPFIT

PRO“ verbindet entsprechend die Simulation von Stress mittels HIIT mit dem Training der muskulären und intellektuellen Abfolge von berufsspezifischen Handlungen. Was dazu führt, dass in Krisensituationen Entscheidungen auf Basis einer Situationsanalyse schneller und konsequenter umgesetzt werden können. Aber nicht nur das: Es braucht weder viel Equipment noch viel Zeit, um mit „OPFIT PRO“ Ergebnisse zu erzielen. Oder um in den Worten von Jean-Paul Jauffret zu sprechen: Es ist keine neue Methode. Es ist einfach, effizient, realistisch. Darüber hinaus helfen die relativ kurzen und fokussierten Trainingseinheiten (zwischen 15 und 30 Minuten) dabei, gängige Krav-Maga-Techniken durch Repetition zu verinnerlichen und machen selbstredend auch jede Menge Spaß.

Neugierig geworden? Dann schaut rein: Unter [www.evtln.de/polizei](http://www.evtln.de/polizei) findet ihr Infos zu OPFIT PRO und weiteren Projekten von T3 Law Enforcement – exklusiv für Polizeikräfte. Übrigens: Selbstverständlich eignet sich T3LE ideal als Ergänzung zum grundlegenden Training von GdP-Partner Krav Maga Berlin, welches Marcel Jardinier und sein Team mittlerweile an sechs Standorten in der Stadt anbieten. GdP-Mitglieder und ihre Familien erhalten hierbei 30 Prozent Rabatt auf alle Verträge und 50 Prozent auf alle Seminare. ■



„Wenn wir regieren, stellt die CDU den Innensenator. Sicherheit für unser Land ist eines unserer Hauptanliegen. Und zudem stellen wir uns schützend vor unsere Polizeikräfte. Wir wollen das beschädigte Vertrauen der Polizei in die politische Führung in Berlin wieder reparieren. Ich betrachte das als sehr reizvolle Herausforderung.“

Foto: (Z), Olaf Wedekind



GESPRÄCH MIT DEM CDU-FRAKTIONSVORSITZENDEN

## Interview mit Burkard Dregger

Seit 2011 sitzt Burkard Dregger im Abgeordnetenhaus, hat vor zwei Jahren den Fraktionsvorsitz der Berliner CDU übernommen und fungiert somit aktuell als Oppositionsführer. Wir haben mit ihm über die politische Arbeit in den letzten Monaten gesprochen, das LADG und seine Ideen für den Fall, dass die CDU bei der nächsten Wahl in Regierungsverantwortung gewählt wird.

**DP: Herr Dregger, wir sitzen gerade in Ihrem schönen großen Büro, die Sonne scheint – wie ist das Leben als Politiker so zu Coronazeiten?**

Inzwischen kehren wir ja ein Stück zur Normalität zurück. Aber zwischenzeitlich war es hier sehr einsam. So wie alle Menschen bin ich beruflich und familiär eingeschränkt. Wir bekommen das irgendwie hin, machen momentan eine Menge Videokonferenzen. Was ich wirklich vermisse, sind Einsatzbegleitungen, bei denen ich richtig ins Gespräch kommen kann. Das war immer viel aufschlussreicher als so manche Innenausschusssitzung, weil es ehrliche und offene Gespräche sind. Ich hoffe, dass das bald wieder möglich ist. Meine letzte Anfrage für eine Begleitung der AGIA wurde vom Innensenator untersucht, offiziell nicht wegen Corona, sondern mit Blick auf die Persönlichkeitsrechte der abzuschubelnden Personen. Ich lasse das gerade juristisch überprüfen und behalte mir rechtliche Schritte gegen den Innensenator vor.

**DP: Trägt der Senat mit diesen ständigen Veränderungen der Eindämmungsverordnung vielleicht eine Mitschuld an dem Frust, der unseren Kolleg\*innen zum Beispiel bei Kundgebungen entgegengebracht wurde?**

Viele wussten gar nicht, was der Senat eigentlich geregelt hat. So ein Informationsdefizit hatten wir auch hier im Parlament, weil der Senat uns anfangs gar nicht informiert hat. Es gibt in Berlins Verfassung eine klare Regelung, dass das Parlament unverzüglich zu informieren ist, wenn

eine Rechtsverordnung mit gravierenden Grundrechtseingriffen auf den Weg gebracht wird. Wir können daraus lernen, dass die Kommunikation unglaublich wichtig ist, um Verständnis bei den Menschen herbeizuführen. Je transparenter man vorgeht, desto höher ist die Akzeptanz. Ich war in jedem Fall positiv überrascht und bin wahnsinnig stolz darauf, wie die Berlinerinnen und Berliner trotz ihrer Unterschiedlichkeit, unserer freien Gesellschaft, beim Kampf gegen das Coronavirus in den ersten Wochen an einem Strang gezogen haben.

**DP: Was sind die wichtigsten Erkenntnisse, die Sie aus den letzten Monaten für Ihre politische Arbeit mitnehmen?**

Zunächst einmal, dass ein demokratisches Land trotz Vielstimmigkeit in der Gefahr zusammenhalten und Gefahren abwehren kann. So haben wir als Opposition die Infektionsschutzmaßnahmen und Hilfsprogramme des Senats nicht bekämpft, sondern gefordert und unterstützt. Weiter ist es wichtig, endlich Fortschritte bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und beim Arbeiten von zu Hause zu erzielen. Viele Landesbedienstete konnten im Homeoffice mangels technischer Voraussetzungen nicht arbeiten. Gerade in der Krise aber muss die Verwaltung voll funktionsfähig sein. Im politischen Alltag werden wir sicher häufiger auf das Mittel der Video- und Telefonkonferenzen setzen, weil es uns viele Wege erspart. Auf der anderen Seite freue ich mich, wenn die persönlichen Begegnungen wieder mehr werden. Das persönliche Gespräch ist immer noch etwas anderes.

**DP: Auch bei der Polizei wurde Homeoffice in dieser Phase forciert – ein Zukunftsmodell?**

Die Frage ist, ob sie dementsprechend ausgestattet ist, dass sie weiter so arbeits- und leistungsfähig ist. Es muss gewährleistet werden, dass vertrauliche Informationen auch am Heimarbeitsplatz vertraulich bleiben. Wenn das gegeben ist, bin ich absolut offen für Homeoffice. Zumal wir ja auch ein Platzproblem haben, und die Kolleg\*innen ohnehin in viel zu engen Büros aufeinander hocken. Man braucht sich das beim LKA am Tempelhofer Damm ja nur mal ansehen. Allerdings sollte man auch nicht komplett auf Homeoffice umstellen, das persönliche Gespräch, persönliche Absprachen sind gerade in der Polizei wichtig.

**DP: Gehen wir nach den aktuellen Umfragen, stellt die Berliner CDU den nächsten Regierenden Bürgermeister. Welchen Posten nehmen Sie ein?**

Das kann gern so bleiben, wir sind fest entschlossen, die nächste Regierung zu bilden. Aber erst einmal müssen die Wählerinnen und Wähler entscheiden und bis dahin ist noch viel Zeit. Dann muss man in einem Koalitionsvertrag Inhalte fixieren und erst dann geht es darum, wer welche Aufgaben übernimmt.

**DP: Wir hätten da eine Aufgabe. Wie stehen Sie zu unserer Forderung für die Abschaffung der Parkraumbewirtschaftung für Schichtdienstleistende im öffentlichen Dienst?**

Ich würde sogar noch den Schritt weitergehen, dass die Beschäftigten die Vignet-

„Die Linkspartei will die Polizei und damit die Durchsetzungsfähigkeit des Rechtsstaates systematisch schwächen. Die AfD hat Verfassungsfeinde in ihn Reihen. Mit beiden ist eine Regierungskoalition undenkbar.“



te gar nicht bezahlen müssen. Sie haben im Schichtdienst in der Nacht gar keine Möglichkeit, anders zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen. Ich würde mich als Senat um eine Vereinbarung mit den Bezirken bemühen, weil das ein Innensenator auch nicht allein entscheiden kann. Man kann den Bezirken ja auch eine Kompensation zu den Einnahmeausfällen anbieten.

**DP: Wie bewerten Sie die Arbeit der Polizeipräsidentin?**

Nicht so kritisch wie viele ihrer Kritiker. Ich bin dankbar für ihre durchaus kommunikative Zusammenarbeit, bekomme auch Antworten, wenn ich Fragen stelle. Man kann es ihr nicht anlasten, dass sie keine Polizeidienst Erfahrung hat und deswegen verstehe ich die Polizeistrukturreform auch so, dass man mit einer weiteren Hierarchieebene Fragen polizeilicher Natur ganz bewusst von ihr fern hält. Es ist ihr Vorteil, dass sie mit Marco Langner einen hervorragenden Vizepräsidenten hat, weil er fast alle Bereiche von der Pike auf kennt. So hat sie jemanden, der Sachen gut kann, die sie vielleicht nicht kann. Im Team können sie sehr gute Arbeit leisten.

**DP: Sie sprechen über den Vizepräsidenten. Mit Oliver Steppien haben wir einen sehr guten Kollegen an Brandenburg verloren. Sie werden wissen, dass wir im höheren Dienst personell nicht mehr so zahlreich vertreten sind, wie es nötig wäre, und Ihr Parteifreund Klaus Kandt ganz gern noch weitere Leute aus Berlin in die Mark holen würde. Sollte der Innensenator hier nicht mal eine Grenze ziehen?**

Oliver Steppien ist ein sehr guter Mann und ich würde es ungern sehen, dass die besten Köpfe alle abwandern. Ich kann ihn und andere aber verstehen, weil das polizeiliche Arbeiten unter einem CDU-Innenminister und einem CDU-Staatssekretär in Brandenburg etwas anderes ist als unter einem rot-rot-grünen Senat. Sobald die CDU in Berlin regiert, wird auch hier ein anderes Klima herrschen und dann wird sich auch niemand aus dem höheren Dienst der Hauptstadt mehr für Brandenburg interessieren.

**DP: Von der Polizei zur Feuerwehr – wie bewerten Sie die Arbeit des Landesbranddirektors?**

Herr Dr. Homrighausen macht einen sehr guten Job, ich habe überhaupt nichts zu beanstanden. Er kennt die Feuerwehr in- und auswendig, weiß worüber er spricht. Ein guter Mann am richtigen Platz. Er teilt unsere Auffassung der immer noch miserablen Ausstattung der Feuerwehr mit Löschfahrzeugen.

**DP: Auf welche Bereiche der Inneren Sicherheit würden Sie sich als Innensenator fokussieren?**

Auf jeden Fall die Liegenschaften von Polizei und Feuerwehr. Die müssen endlich mal in einen angemessenen Zustand gebracht werden, bei den Sanitäranlagen und auch der Haustechnik. Trotz Milliardenüberschüssen des Landeshaushaltes in den vergangenen Jahren ist hier fast nichts passiert. Es wäre eine der Hauptaufgaben für die nächste Legislaturperiode. Ihren Vorschlag einer landeseigenen Baufirma sehe ich skeptisch. Ich würde politischen Einfluss aus dem unternehmerischen Agieren heraushalten. Wir müssen das Vergaberecht so optimieren, dass sich Unternehmen auch wieder für Ausschreibungen des Landes bewerben.

**DP: Worauf würden Sie sich als Innensenator noch konzentrieren?**

Dieses schlimme Anti-Polizei-Gesetz, dieses unsinnige sogenannte LADG, das alle Landesbediensteten diskriminiert, muss weg. Wir alle, auch unsere Polizei, bekämpfen tagtäglich Diskriminierungen und setzen Recht und Gesetz durch. Wie kann man nur auf die absurde Idee kommen, alle Landesbediensteten unter den Generalverdacht zu stellen, dass sie diskriminieren. Dieses Gesetz stärkt das Verbrechen und schwächt die Durchsetzungsfähigkeit des Rechtsstaates. Wenn die Berliner die CDU im nächsten Jahr stärken, werden wir alles versuchen, um diesen unerträglichen Generalvorwurf aus dem Gesetz wegzuverhandeln. Weiterhin: Personalgewinnung ist ein großes Thema, das A und O. Wenn die wirtschaftliche Krise von dauerhafter Natur sein sollte, was ich nicht hoffe, wird sich das Interesse für den Staatsdienst erhöhen. Es heißt dann, dass wir aus diesen steigenden Bewerberzahlen die besten Köpfe gewinnen,

um Polizei und Feuerwehr qualifiziert aufzustellen. Nächster Aspekt ist die Ausstattung der Feuerwehr mit Löschfahrzeugen. Dann haben wir ein paar Spezialthemen. Das Kapitel Rigaer Straße muss jetzt endlich gelöst werden, das kann nicht so weitergehen. In diesem Fall ist der Innensenator ein Totalausfall. Er versteckt sich hinter der Aussage, dass der Eigentümer nicht ausfindig gemacht werden kann. Das ist bewiesener Unfug. Er will das Thema über diese Legislatur vertagen. Auch das Thema Drogenpolitik muss anders angegangen werden. Es kann nicht sein, dass Kollegen der Polizei verheizt werden, um Strafanzeigen zu schreiben, die reihenweise eingestellt werden. Drogen sind Dreckzeug, sie beschädigen die Gesundheit. Wer damit handelt, muss bestraft werden. Dafür müssen wir die Eigenbedarfsgrenze senken.

**DP: Noch sind sie aber in der Opposition. Reden wir da mal drüber! Wie funktioniert die Zusammenarbeit in der Opposition mit FDP und AfD?**

Mit der AfD gibt es keine Zusammenarbeit. Aber ich stelle fest, dass diese Partei unseren Initiativen im Bereich innere Sicherheit im parlamentarischen Geschehen so gut wie immer zustimmt. Darüber bin ich auch nicht traurig, weil wir Unterstützung brauchen, um für die Polizei das Richtige auf den Weg zu bringen. Von der FDP gibt es mal Zustimmung, aber auch Ablehnung, speziell bei weiteren Eingriffsmöglichkeiten für die Polizei. Wir suchen die inhaltliche Zusammenarbeit, wo sie geht. Letztlich muss es darum gehen, Rot-Rot-Grün abzuwählen, weil sie alles ablehnen, was der Sicherheit dient.

**DP: Abschließende Frage: Was planen Sie noch mit Ihren Buddys Mike Kuhr und Nick Hein?**

Beide sind nicht unkritisch in Bezug auf meine Partei. Aber beide haben erkannt, dass man sich auf mich persönlich verlassen kann, wenn es um die Anliegen der Polizei geht. Beide genießen eine große Akzeptanz unter den Beschäftigten der Polizei und haben das Herz an der richtigen Stelle. Ich freue mich über ihre Unterstützung. Und ich höre auch ihnen gut zu. ■



## Geburtstage

### 80 Jahre

Brigitte Kollosche Dir 2  
Helmut Krüger Dir 2  
Siegfried Stürz Dir 4  
Marianne Faerber Dir 5  
Evelin Fritsche Dir E/V  
Paul Schulz Dir E/V  
Heinz Schulze Dir E/V  
Hans-Jörg Dampke PA/PP

### 85 Jahre

Wilfried Meinecke Dir 2  
Reinhold Zywotek Dir 4  
Siegfried Demuth Dir 5  
Klaus-Ernst Leinert Dir E/V  
Kurt Raczkiewicz PA/PP  
Gerhard Senzel Landesbezirk

### 86 Jahre

Reiner Heinrich Dir 1  
Helga Kulinat Dir 2

Klaus Rataj Dir 2  
Burghard Heise Dir 3  
Hans-Joachim Hoffmann Dir 5  
Manfred Neumann PA/PP  
Horst Sommerfeld PA/PP

### 87 Jahre

Manfred Knueppel Dir 2  
Gisela Müller Dir 3  
Heinz Schoppe Dir 6  
Werner Wolf Dir 6  
Manfred Kreß Dir E/V  
Ehrentraud Witt Dir E/V  
Wolfgang Hoffmann LKA

### 88 Jahre

Wolfgang Marquardt PA/PP

### 89 Jahre

Magret Hartmann Dir 3  
Horst Prawitz Dir 5  
Heinz Burmeister Dir 6  
Arnim Camphausen PA/PP

### 90 Jahre

Gerhard Werrmann Dir 1  
Ursula Wappler PA/PP

### 91 Jahre

Reinhard Hass Dir 1  
Ingeborg Lehmann Dir 1

### 93 Jahre

Guenter Hornke Dir 3  
Norbert Eiling Dir 5

### 94 Jahre

Ruth Ficass Dir 2  
Guenther Gensicke Dir 3

### 97 Jahre

Lieselotte Teschner Dir 4  
Irmgard Matysiak PA/PP

### 98 Jahre

Wilhelm Sarnes Dir 1  
Ilse Behrendt Dir 4

## Jubiläen

### 25 Jahre

Barbara Bodi  
Katrin Briese  
Olaf Dittmann  
Thomas Ehlers  
Lutz Engelhardt  
Frank Finger  
Gabriele Galjaard  
Roman Gauert  
Dörte Heppner  
Birgit Krüger  
Hans-Ulrich Möhlenbrock

André Neumann  
Gabriele Rädcl  
Manuela Rose  
Susanne Schumann  
Patrick Spatzker  
Stefan Tiedt  
Silvio Uecker  
Torsten Will

### 40 Jahre

Stefan Knies  
Werner Koch  
Rita Reband  
Michael Valentini

### 50 Jahre

Jörg Ebert  
Lieselotte Jordan  
Peter Richter  
Günter Wurzler

## Nachrufe

### Wir trauern um unsere Mitglieder

Ingo Barth, 61 Jahre, Dir 2  
Gerd Kabbe, 87 Jahre, Dir 2  
Helmut Schröder, 96 Jahre, Dir 2  
Peter Dziengel, 91 Jahre, Dir E  
Heiko Harenberg, 55 Jahre, Dir E  
Inge Schieß, 81 Jahre, LKA  
Manfred Schulze, 78 Jahre, LKA  
Rainer Bode, 66 Jahre, PA/PP

**Wir werden ihnen ein ehrendes  
Andenken bewahren.**

Anzeige

**MEDIRENTA**  
CLASSIC

## Beihilfe – leicht gemacht!

Ihren Alltag bestimmt die Sorge für Recht und Ordnung. Wir sorgen dafür, dass Sie sich nicht auch noch um Ihre Beihilfe- und Krankenkostenabrechnungen kümmern müssen. Unser **Komplett-Service** entlastet Sie sofort und sichert Ihre Ansprüche! Vertrauen Sie auf unsere Kompetenz aus über 35 Jahren Tätigkeit als Beihilfeberater und zugelassener Rechtsdienstleister.



**Für Sie im Einsatz, damit mehr Zeit fürs Wesentliche bleibt: 030 / 27 00 00**

**Informieren Sie sich!**

**www.medirenta.de**

Bereits Anfang März, noch lange bevor Corona uns die zwischenmenschlichen Kontakte minimierte, ehrte unsere Bezirksgruppe LKA treue Mitglieder. Der stellvertretende Vorsitzende Alexander Meyer lud zum Gespräch und Austausch bei leckerem Kuchen und rustikalem Abendbrot. Für unsere Jubilare, die ihrerseits auf 25, 40 oder gar 50 Jahre GdP-Treue zurückblicken können, gab es neben netten Worten auch Urkunden und die begehrten Ehrennadeln. Leider konnten nicht alle der Veranstaltung beiwohnen, so dass sie entweder bei einer der nächsten Sitzungen ausgezeichnet werden oder der Postweg helfen muss. In jedem Fall noch mal an alle: Danke für Eure Treue, Ihr macht uns zur Gewerkschaft der Polizei.

Foto: Alexander Meyer



## Veranstaltungen

### Landesfrauengruppe

**Wann:** Dienstag, 28. Juli, 16-18 Uhr.

**Wo:** GdP-Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin.

### Senioren

#### Dir 2

Der Seniorenklub Südpark, Weverstraße 38, 13595 Berlin ist am Dienstag, den 7. Juli wegen Urlaubes geschlossen. Ein evtl. mögliches Treffen der Seniorengruppe kann den Mitgliedern aufgrund der zurzeit

herrschenden Lage telefonisch bzw. per E-Mail erst kurzfristig bekannt gegeben werden.

#### Dir 4

**Wann:** Mittwoch, 8. Juli, 16 Uhr.

**Wo:** Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.

**Kontakt:** Peter Müller, Tel.: 030 7967520.

#### LKA

**Info:** Die geplante Veranstaltung der Seniorengruppe LKA im Monat Juli (Reise zur Frankena-kademie Schloss Schney) muss leider ausfallen.

**Kontakt:** Jürgen Heimann, Tel.: 030 7217547, oder Marianne Fuhrmann, Tel.: 030 7451353.

#### PA/PP

**Wann:** Dienstag, 28. Juli, 15 Uhr.

**Wo:** Marjan Grill, Flensburger Straße/ Ecke Bartningallee, 10557 Berlin.

#### LABO

Die LABO-Senioren haben im Juli und August Sommersitzungspause. Voraussichtlich sehen wir uns am 9. September zur nächsten Sitzung wieder.

# Einkommensteuererklärung 2019 – Abgabefrist beachten

## Ullrich Thoms

Leiter GdP-Lohnsteuerberatung

In diesem Jahr sind viele Haushalte und Familien mit starken Einschränkungen im täglichen Leben durch das Coronavirus belastet. Da wird nicht unbedingt an die Erstellung der Einkommensteuererklärung 2019 gedacht. Der Abgabezeitpunkt rückt aber unaufhörlich näher. Die Finanzämter erwarten vom „Steuerbürger“ die fristgerechte Abgabe der amtlichen Formulare entweder auf dem postalischen oder dem elektronischen Weg über Elster. Der Termin ist und bleibt:

### 31. Juli 2020!

Eine Pflicht zur Abgabe einer Steuererklärung besteht zum Beispiel bei vielen Rentnerinnen und Rentnern, Beamtinnen und Beamten, Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmern u. a. in den Steuerklassen III und V sowie bei Erhalt von sogenannten Lohnersatzleistungen wie Krankengeld, Arbeitslosengeld oder Elterngeld, auch der Bezug von Kurzarbeitergeld.

Man ist ebenso zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet, wenn der „Gesamt-betrag der Einkünfte“ mehr als 9.168 Euro (Alleinstehende) bzw. mehr als 18.336 Euro (Verheiratete) beträgt.

Wer den Abgabetermin aus wichtigen Gründen nicht einhalten kann, hat die Möglichkeit, eine Fristverlängerung zu beantragen, wobei diese beim zuständigen Finanzamt rechtzeitig eingehen muss. Anträge liegen in der GdP-Geschäftsstelle zur Abholung bereit oder können im Internet unter GdP Berlin – Mitglieder – Leistungen – Lohnsteuerhilfe abgerufen werden. ■



Foto: privat



### Habt Ihr Anmerkungen zur aktuellen Ausgabe?

Schreibt uns eine Mail an [meinung@gdp-berlin.de](mailto:meinung@gdp-berlin.de)!  
Redaktionsschluss für unsere August-Ausgabe, auch für  
Veranstaltungen, ist der 3. Juli 2020.

## KOMMENTAR

# Der Innensenator kündigt Ausbau der mobilen Arbeitsfähigkeit an – Gut so!

**Alexander Klimmey**

Vor einigen Wochen informierte die Senatsverwaltung für Inneres und Sport unter dem Titel „Hackern und Viren die Stirn bieten: IT-Nutzung erfolgt auch in Corona-Zeiten sicher und datenschutzkonform“ über die Absicht, die allgemeine mobile Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten auch nach Beendigung der Corona-Krise deutlich auszubauen und dahingehend die landesweite Mobilgeräte-Strategie anzupassen. Was sperrig klingt, ist eine erstklassige Ankündigung. Denn gemäß der Zeilen der Senatsverwaltung geht es darum, zunehmend ortsunabhängige Arbeit zu ermöglichen, die Ausstattung mit Laptops als neuen Landesstandard für die IKT-Ausstattung festzulegen. Im Sinne einer „One Device“-Strategie soll für Büro-, Heim-, und Mobilarbeit jeweils das gleiche Gerät (Laptop) zum Einsatz kommen, welches dann um Peripheriegeräte zum ergonomischen Arbeiten ergänzt würde (z. B. Docking-Stationen und externe Bildschirme).

Der 1. Mai ist vorbei, die Pandemie dauert an und die wirklich heißen Tage stehen uns sicher noch bevor. Die Belastungen werden nicht weniger. Umso erfreulicher ist diese Ankündigung. Eine zeitnahe Umsetzung für die Polizei ist wünschenswert, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Damit könnten für die Kolleg\*innen, aber auch die Behörde einige Vorteile des Homeoffice zum Tragen kommen. Wenn z. B. ein Arbeitsplatz auf der Dienststelle durch das Homeoffice für weitere Beschäftigte frei wäre, könnte eine Vielzahl in diese Arbeitsmodelle einbezogen werden. Bei einer einträgigen Anwesenheit würde der Platz auf

der Dienststelle so von fünf verschiedenen Beschäftigten genutzt werden. Damit könnten die stark benötigten Räume gewonnen werden, um an anderer Stelle zu sanieren. Außerdem könnten Kosten für den Unterhalt von Liegenschaften reduziert und/oder umverteilt werden, um die verbliebenen Arbeitsplätze zu modernisieren.

Durch die Heimarbeit werden die Arbeitszufriedenheit und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gesteigert. Arbeit, die auf diese Weise ausgelagert werden kann, gibt es sicher genug. So bleibt zu hoffen, dass die uns durch die Pandemie aufgezwungenen Änderungen im All-

tag und im Arbeitsleben auch gedanklich neue Möglichkeiten eröffnen. „Geht nicht, gibt's nicht, haben wir nicht die Technik“ ist dann mal passé.

Zum Wohle der Mitarbeitenden sollten wir alle technischen Möglichkeiten den Menschen anpassen und nutzen, um Barrieren abzubauen und Einschränkungen zu überwinden. Wo das leider noch nicht möglich ist, greifen u. U. die arbeitsschutzrechtlichen Möglichkeiten. An dieser Stelle sei auch auf Dienstbefreiung bei extremen Wetterlagen (1) Gemäß Nummer 11.2 der VV Integration behinderter Menschen hingewiesen. ■

## Aktuelle GdP-Mitgliedsbeiträge

Besoldungsgruppe	Entgeltgruppe	Beitragsgruppe EDV	Beamte (01.04.2020)*	Tarifbeschäftigte (01.01.2020)*	Pensionäre (01.04.2020)*	Rentner (01.07.2020)*	Hinterbliebene (Pensionäre) (01.04.2020)*	Hinterbliebene (Rentner) (01.07.2020)*
<b>Sonderbeitrag</b>		22	,00	5,00	3,50	3,63	2,00	2,07
<b>Anwärter mD/gD</b>		27	2,00	-	-	---	---	---
<b>Mindestbeitrag</b>		30	9,20	9,98	6,45	6,53	3,71	3,73
A 1	2	31	11,08	11,72	7,74	7,75	4,43	4,44
A 2	2Ü	32	11,95	12,64	8,34	8,36	4,80	4,77
A 3	3	33	12,66	13,36	8,87	8,87	5,06	5,07
A 4	4	34	13,02	13,71	9,12	9,13	5,21	5,22
A 5	5	35	13,46	14,16	9,43	9,43	5,17	5,37
A 6	6 / 7	36	13,88	14,61	9,74	9,73	5,55	5,58
A 7	8	37	14,82	15,57	10,36	10,39	5,93	5,94
A 8		38	15,40	16,17	10,79	10,82	6,17	6,16
A 9	9	39	17,05	17,85	11,94	11,96	6,83	6,82
A 9AZ	10	40	17,99	18,79	12,61	12,63	7,20	7,20
A 10	11	41	18,63	19,46	13,04	13,09	7,45	7,47
A 11	12	42	21,46	22,33	15,01	15,04	8,59	8,61
A 12	13	43	23,23	24,14	16,27	16,29	9,31	9,32
A 13	14	44	26,13	27,09	18,28	18,35	10,44	10,45
A 14	15	45	26,90	27,90	18,85	18,91	10,78	10,80
A 15	15Ü	46	30,21	30,33	21,15	21,21	12,09	12,08
A 16		47	33,47	---	23,43	---	13,38	---
B 2-B 4		48	38,57	---	26,97	---	15,43	---
B 5-B 7		49	43,81	---	30,67	---	17,54	---

\* = Datum der letzten Beitragsanpassung

#### Sonderbeitrag für

- Büro- und Verwaltungsauszubildende
- in Pflegeheimen untergebrachte Mitglieder
- arbeitslose Mitglieder

#### Teilzeitbeschäftigte zahlen arbeitszeitanteiligen Beitrag

**DP – Deutsche Polizei**  
Berlin

**Geschäftsstelle**  
Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin  
Telefon (030) 210004-0  
Telefax (030) 210004-29  
[gdp-berlin@gdp-online.de](mailto:gdp-berlin@gdp-online.de)  
[www.gdp-berlin.de](http://www.gdp-berlin.de)  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke

**Redaktion**  
Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)  
Telefon (030) 210004-13  
[jendro@gdp-berlin.de](mailto:jendro@gdp-berlin.de)

**Konten**  
Commerzbank  
IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00